

Schulbauprogramm wird fortgesetzt

HOCHTAUNUS Landrat legt Etat für 2023 vor – Kreisumlage steigt um einen Prozentpunkt

VON ALEXANDER SCHNEIDER

Neu ist es für die Stadt- und Gemeindegremien längst nicht mehr, entsprechende Signale aus dem Landratsamt kursieren bereits seit Wochen. Gestern jedoch machte es Landrat Ulrich Krebs (CDU) bei der Einbringung des Haushaltsplanes für 2023 offiziell: Um das zwischen Erträgen (531,8 Millionen Euro) und Aufwendungen (542,3 Millionen Euro) klaffende Defizit von 10,5 Millionen Euro teilweise abzufedern, sehen sich der Hochtaunuskreis gezwungen, die Kreis- und Schulumlage um einen Prozentpunkt auf 55,11 Prozent zu erhöhen.

Personalkosten von drei Millionen zusätzlich

Gedeckt ist das Defizit damit aber nicht einmal zur Hälfte. Die andere Hälfte werde aus der Rücklage gezahlt, die in den vergangenen Jahren zum Glück habe aufgebaut werden können und ohne die die Umlageerhöhung noch weit höher ausgefallen wäre, sagte Krebs. Er wisse, was das für die finanziell stark belasteten Kommunen bedeute, betonte jedoch, dass es auch für den Landkreis „kein einfacher Erat“ sei, dass man aber alles auf den Prüfstand gestellt habe.

Verantwortlich seien die hohen Energiekosten, die starke Nachfrage an das soziale System sowie die steigenden Personalkosten.

Mit dem Etat 2023 halte der Kreis Kurs und stelle die Weichen für die Zeit nach der Krise. Daher werde das Schulbauprogramm auch mit 83,3 Millionen Euro fortgesetzt. Manches müsse aufgrund der Preissteigerungen allerdings geschoben werden. Ein Schwerpunkt liege außerdem auf der Vorbereitung zur Umsetzung des vom Schuljahr 2026/2027 an bestehenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung. Dazu gehören die notwendige Ausstattung der Räumlichkeiten und gegebenenfalls bauliche Maßnahmen.

Mit 59,5 Millionen Euro, drei Millionen mehr als 2022, gehörten die Personalkosten zu den größten Posten im Kreishaushalt. Tarifsteigerungen könnten vom Kreis nicht beeinflusst werden, betonte Krebs. Be dingt durch Gesetzesänderungen müssten zusätzlich aufgrund steigender Anforderungen aber auch 49 neue Stellen, 33 davon allein im Sozialbereich, geschaffen werden.

Getrieben von Energiekostensteigerungen sowie dem starren Finanzierungssystem von Krankenhäusern müsse zur Sicherstellung des Klinikbetriebs der jährliche Zuschussbe-

darf um weitere sechs auf nun 171 Millionen aufgestockt werden.

Im kommunalen Jobcenter mache sich die angespannte Haushaltslage bei stark steigenden Fallzahlen durch die Geflüchteten aus der Ukraine, allein 1700 zusätzliche Bedarfsgemeinschaften mit 3000 Einzelpersonen, und die für Januar 2023 geplante Einführung des Bürgergeldes besonders bemerkbar. Das Bürgergeld selbst werde zwar vom Bund gezahlt, wohl aber müsse der Kreis die Kosten für Unterkünfte übernehmen, was bei steigenden Mieten und Energiekosten zum Problem werde.

Keine Abstriche bei Bussen und Bahnen

Auch im Klimaschutz werde Kurs gehalten, sagte Krebs. Die Wasserstoffzüge trügen trotz des etwas holprigen Starts dazu bei. Eine Diskussion, ob in Zeiten knapper kommunaler Kassen ein Beharren an den Klimazahlen sinnvoll sei, verbiete sich. Nirgendwo seien die Folgen des Klimawandels so sichtbar wie im Taunus mit seinen riesigen Kahlen Waldflächen. Bei ÖPNV und Mobilität dürften trotz der enormen Energie- und Personalkosten keine Abstriche gemacht werden. 2023 soll mit der Erarbeitung und Umsetzung ei-

nes integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Hochtaunus und fünf Kreiskommunen durch einen Klimaschutzmanager begonnen werden.

Seit 2015 im ständigen Krisenmodus

Seit 2015, dem Jahr des großen Flüchtlingsandrangs, sei man im permanenten Krisenmodus, kam Krebs zum Schluss, dann seien Corona und nun auch noch der Ukraine-Krieg dazugekommen. Der nun vorgelegte Haushaltsentwurf trage diesem Krisenmodus Rechnung, sei trotz schwieriger Voraussetzungen aber zukunftsorientiert. „Der Etat zeigt Perspektiven auf, wie sich der Kreis für die Zukunft aufstellen will, nämlich als eine Region, in der es sich gut leben lässt, in der Wirtschaft, Bildung, Soziale Fürsorge und Klimaschutz keine Widersprüche sind, sondern eine Symbiose eingehen, von der der Kreis sowie seine Städte und Gemeinden langfristig profitieren werden“, äußerte Krebs am Ende seiner Eratrede dennoch einen gewissen Optimismus.

Millionen für Schulen, neuer Radweg bei Steinbach

Der Kreis wird im kommenden Jahr 83,3 Millionen Euro in die Schulen investieren, unter anderem in die Gesamtschule Stierstadt (IGS), die am Ende 64,6 Millionen verschlingen und damit schon allein um 11,4 Millionen Euro teurer wird. Mit insgesamt 47,5 Millionen wird die Gesamtschule am Gluckenstein (GaG) in Bad Homburg um 6,5 Millionen Euro teurer. Um 8,5 Millionen Euro teurer wird die Dachsanierung der Sporthallen an der IGS, der GaG und der Erich-Kästner-Schule. Nach 21,6 Millio-

nen Euro (2022) für die Astrid-Lindgren-Schule in Usingen muss der Kreis auch hier Mehrkosten von 5,1 Millionen Euro verkraften. 1,4 Millionen Euro sollen in einen Radweg entlang der K768 zwischen Oberhöchstadt und Steinbach für den Schülerverkehr investiert werden. Für Radweg-Beschilderung stehen noch einmal 90.000 Euro bereit. 200.000 Euro werden in verkehrslenkende Anzeigetafeln im Feldberggebiet investiert, 145.000 Euro davon ersetzen die Kommunen. as

TTZ 20.12.2022, S.7